66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,50 M. Reklamezeile 20,- M.
Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Jahrschein-kalender, Allgemeine Versorgungsschein mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 251.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,- Mk., monatlich 12,- Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem höhigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Donnerstag, 2. Juni 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Der Reichskanzler über die Ziele der Regierung.

Das Programm Dr. Wirths.

Von

Paul Steinhorn.

Die eineinhalbstündige Rede des neuen Reichskanzlers Dr. Wirth, in der er gestern in weit gespanntem Rahmen „die groß und kleine Welt" der politischen Erscheinungen des Tages und der letzten Wochen behandelte und daneben auch ein umfangreiches Regierungsprogramm entwickelte, fand am Schluß bei der Mehrheit des Hauses lebhaften Beifall, von dem man sich auch auf den Bänken der Deutschen Volkspartei nicht feindselig ausschloß. Dieser Beifall bedeutete aber nach Lage der Dinge die Stimmung zu der Gesamtrichtung der Politik einer Regierung, die sich vor eine Aufgabe ohne gleichen in aller Geschichte gestellt sieht. Die nächsten Tage schon werden sehen, wie viele des „guten Willens" sind, von dem Herr Wirth gestern sprach und wie viele seinem Rufe folgen werden, denn von der Wirkung dieses Appells hängt die parlamentarische Existenz dieses Kabinetts ab.

Entgegen den gehegten Erwartungen brachte Dr. Wirth bereits eine beinahe verwirrende Fülle von Einzelheiten seines Programms. Man hatte den Eindruck, als ob das Uebermaß des aufgesammelten Materials auch die Notwendigkeit, immer noch eine Frage zu behandeln, die Wirkung seiner Ausführungen etwas beeinträchtigten. Auch erzellierten die Kommunisten gestern in türichten und manierlosen Zurufen. Man sollte sich künftig auf der Rechten angewöhnen, derartige Taktlosigkeiten immer derselben Analphabeten parlamentarischer Gesittung einfach mit tödlichem Schweigen zu übergehen. Im übrigen ließ sich Dr. Wirth dadurch in keiner Weise stören, und Präsident Loebe sah mit Nachdruck zum Rechten.

Der Kanzler ging von den bereits vorliegenden deutschen Leistungen aus und verwies auf die Zahlung der Goldmilliarde. Aufmerksamkeit erregten seine Mitteilungen, daß man in Bayern unter Berufung auf den Wortlaut des Friedensvertrages zwar in die Entwaffnung, nicht aber auch in die Auflösung der Organisationen willigen will.

Die Spannung wuchs, als Dr. Wirth dann zur finanziellen Seite des Reparationsproblems überging. Nach seiner Angabe will man sich möglichst bald mit der Garantie-Kommission über den gesamten Zahlungsplan ins Benehmen setzen. Das Indexverfahren muß durch ein besseres ersetzt werden. Mit lebhaftem „Hört, hört" wird die Mitteilung aufgenommen, daß die dauernde und gänzliche Rückvergütung der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe an die deutschen Exporteure finanzpolitisch nicht in Frage kommen kann. Dann folgten Andeutungen bezüglich der angeregten Erhöhung des deutschen Kohlenpreises auf den Weltmarktpreis, es folgt die Aufzählung der neuen Steuern, worunter die Körperschaftssteuer die restlose Besteuerung der hohen Dividenden und ähnlicher Industrie- und Handelsgewinne bringen soll. Es fällt das Wort von dem starken Ausbau der Börsensteuer, um die Spekulation zu erfassen und — last not least — die Drohung, bei der Eintreibung der bereits bestehenden Steuern mit einem Kontroll- und Prüfungsapparat, der schon binnen kurzem in Funktion treten soll, bis zum äußersten zu gehen, denn es ist unmöglich, neue Steuern auszuschreiben, wenn die alten nicht den angegebenen Ertrag erbringen. Zu dem Kriegsgewinnler dürfe sich nicht der Reparationsgewinnler gesellen, ruft Dr. Wirth aus. Aber er ist noch längst nicht am Ende: Die indirekten Steuern werden auf breiter Basis ausgebaut werden: Branntweinmonopol, Biersteuer, Tabak, Zucker (ein Raffineriemonopol). Die 3prozentige Goldhypothek auf ländlichen und städtischen Grundbesitz nennt der Kanzler nicht direkt, aber sein Hinweis auf die geplante Grundsteuer ist ja deutlich genug. Die sogenannten Goldwerte, also solche Werte oder andere Vermögenswerte, die von der Wertveränderung des Papierwertes nicht getroffen werden, müssen besteuert werden.

Man sieht, die Erwartungen werden nicht nur nicht getäuscht, sondern noch weit übertroffen. Dr. Wirth bezeichnet es außerdem nämlich als eine dringende Aufgabe der nächsten Zeit, der Zuschußwirtschaft im Staatswirtschaftsprozeß ein Ende zu machen. „Fragt mich nur nicht wie!" Ein wenig verging einem wohl der Atem angesichts so kühn schweifender Pläne. Aber es soll einem neuen Mann auch zugestanden werden, daß die Situation zum Optimismus zwingt, wenn man nicht überhaupt die Hände in den Schoß legen will. Die nächsten Wochen werden von heißen Kämpfen erfüllt sein, und wir wollen hoffen, daß sich alle Parteien ihrer Verantwortung vor dem Volksganzen bewußt bleiben, umsomehr als das Schicksal Oberschlesiens davon entscheidend abhängt, dessen Dr. Wirth gestern sehr wirkungsvoll gedachte. Nicht vergessen soll auch die eindringende und geschickte Art sein, mit der der Kanzler sich gegen Frankreichs unentwegte Politik der Gewalt wandte. Dieses Wort rief im Hause einmütige Zustimmung hervor, und sie werden wahrscheinlich auch im Auslande — vielleicht sogar in Frankreich — durch ihre maßvolle Form und innere Wahrheit nach Gebühr aufgenommen werden. Auf sie war wohl im wesentlichen auch der lebhafte Beifall zurückzuführen, der Herrn Dr. Wirth über alle gehemmen Bedenken und inneren Zweifel hinweg auf seinen Platz folgten, als er geendet hatte. Das weitere zu seinem Programm wird nach Abschluß der nun beginnenden Parteireden zu sagen sein.

Der Sitzungsbericht.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung, Mittwoch, 1. Juni 1921.

Am Regierungstisch: **Dr. Wirth, Bauer, Dr. Rosen, Schiffer, Gradnauer, Schmidt, Gessler, Hermes, Gröner, Brauns, Rathenau.**

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Min. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Man erwartet von der neuen Regierung ein Programm. Ich will dieses Programm in eine kurze Form zusammenfassen, in drei Worte. Diese drei Worte heißen:

Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung!

(Lärm der Komm. und Zurufe: Und die Amnestie?) In dieser Formel soll begründet sein, daß wir alle unsere Kraft daran setzen wollen, das deutsche Staatsschiff herauszulenken aus dem Wege der Krisen und Katastrophen in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwickelung. Durch Werke des Friedens und Aufbaues nach außen und innen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Beginne einer neuen Zeit, daß wir unseren Verpflichtungen bis zum äußersten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen die Freiheit des Vaterlandes wiedergewinnen wollen. Die Annahme des Ultimatums hat einen Schlußstrich gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar. Sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen; sie will den guten Wut haben und von dem ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Nur dann kann eine Höchstleistung erzielt werden. Hierin erblickt die Reichsregierung **die einzige für Deutschland mögliche Politik.** Nicht akademische Erörterungen, sondern allein die praktische Anerkennung des Leistungsprinzips wird für Deutschland und seine schwere Lage in der Welt Verständnis erwecken. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige sind bereits abgelaufen. Wir haben sie innegehalten.

Auf finanziellem Gebiete

ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark rechtzeitig erfolgt. Der Reichskanzler weist darauf hin, daß 150 Millionen Goldmark in bar und der Rest durch Schatzwechsel bezahlt worden sind, die auf Wunsch der Reparationskommission das Indossement von vier deutschen Großbanken, der Darmstädter Bank, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft erhalten haben. Die genannten Bankinstitute haben in äußerst bankenswerter Weise der Regierung ihre Unterstützung zur Verfügung gestellt. Die Schatzwechsel sind bis zum 31. August einzulösen. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die Einlösung sicherzustellen. Am 31. Mai sind weiter 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden. (Erneuter Lärm der Komm. und Zurufe: Und die Amnestie?)

Durch die Annahme des Ultimatums haben wir uns den

Entwaffnungsbestimmungen

der Pariser Note vom 29. Januar auf dem Gebiete des Militär-, Marine- und Flugwesens gefügt. Die Note, die uns zur Ausführung des Ultimatums von General Nollet, dem Leiter der Interalliierten Militärkommission, überreicht worden ist, wird in der üblichen Weise dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zugeleitet werden. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiet innegehalten. (Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Schwindel!) Die Reichsregierung ist einmütiger Ansicht, daß uns in der Frage der Entwaffnung keine Vorwürfe gemacht werden können, geschweige daß sie Anlaß zu Sanktionen geben darf. Was an uns ist, werden wir deshalb tun, um unsere Versprechungen einzulösen. (Erneute Zurufe bei den Komm. Adolf Hoffmann ruft: Erst können vor Lachen!) Für diesen Zusatz haben sie Amnestie! (Beifall.) (Erneute Zurufe bei den Komm.: Was sagt Moscau?) Die Durchführung der Entwaffnungsbedingungen ist veranlaßt worden. Die von der Militärkontrollkommission festgesetzten Höchstbestände für den Bund und die Ausrüstung unseres Hundertausendmannheeres sind von uns anerkannt worden. Befehle zur Ablieferung des überschüssigen Materials sind erteilt, die Ablieferung ist im Gange. Der Abbau der von der Kontrollkommission nicht zugestandenen Bestätigungen unserer Landfestungen einschließlich Altkönigsberg und Boyen ist angeordnet und wird unverzüglich durchgeführt. Das gleiche gilt für die Küstenbefestigungen. Die Listen für das Gerät des Hundertausendmannheeres sind anerkannt, die für seine Herstellung nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen. Ebenso sind die in den Pariser Beschlüssen enthaltenen Forderungen, die sich auf die Marine und die Luftfahrt beziehen, teilweise erfüllt, teilweise in schleuniger Durchführung begriffen. Eine Vorlage über diese Materie wird in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Ein Verbot der Ausfuhr von Luftfahrmaterial ist erlassen. Der Kontrollkommission ist mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung die ihr in Aussicht gestellte Entscheidung zur Unterscheidung der zivilen Luftfahrt von der im Friedensvertrag untersagten militärischen Luftfahrt anerkennt. Die Ablieferung der überzähligen Waffen der Polizei ist durchgeführt.

Anordnungen zur Zurückführung der Gesamtstärke der Polizei, die nach den Boulogner Beschlüssen 150 000 Mann nicht überschreiten soll, sind erlassen. Die in den Pariser Beschlüssen geforderten gesetzlichen Maßnahmen über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät sind so gefördert, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen werden.

Zur

Entwaffnung der Einwohnerwehren

sind von den Regierungen die erforderlichen Anordnungen getroffen. Die bayerische Regierung stand nach ihrer früheren Stellungnahme vor einer außerordentlichen schwierigen Situation. Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielle Schreiben seitens der Reichsregierung diese schwierige Lage der bayerischen Regierung noch zu verschärfen. Aber Sie können mir glauben, daß ich trotzdem nicht untätig gewesen bin. Die bayerische Regierung hat inzwischen in Erkenntnis der tatsächlichen Lage die bekannte Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehr abgegeben. Wenn damals die beteiligten Kreise sich zu Beschlüssen durchgerungen haben, die unabwendbar geworden sind, so verdienen die und alle beteiligten Personen, die diese Auffassung kundgegeben haben, den Dank. (Großer Lärm bei den Kom. Rufe: Unerhört!) **Ich sprechte namens der Reichsregierung die Hoffnung und Erwartung aus, daß die Durchführung der Waffenabgabe pünktlich erfolgt.** Die freiwillige Entwaffnung ist eine wichtige Tat auch für Deutschlands innere Einheit. Ein Spiel mit dem Zwang von innen oder außen hätte nur zu Entgleisungen unter den deutschen Stämmen führen können. Neben der Entwaffnung steht die Frage der Auflösung der Organisationen. Die bayerische Regierung ist der Ansicht, daß zum mindesten nach erfolgter Waffenabgabe die bayerischen Einwohnerwehren nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fallen. (Hört! hört! links.), welche von der Auflösung gewisser näher bezeichneter militärischer Organisationen sprechen. Das bayerische Oberste Landesgericht hat denselben Standpunkt ausführlich dargelegt. (Erneutes hört! hört! links.) Aber die Reichsregierung stand nicht mehr allein vor den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages, sondern vor dem Ultimatum vom 5. Mai dieses Jahres, das in dieser Hinsicht auf die Pariser Note vom 29. Januar Bezug nimmt. Darin ist eine gewisse Interpretation des Friedensvertrages gegeben, die es nicht ermöglicht, die Einwohnerwehren von der Liste der aufzulösenden Organisationen auszunehmen. Diese Liste, die wir übereicht haben, mußte offen und klar sein. Sie mußte deshalb die Einwohnerwehren und die Organisationen Escherich enthalten. Sie können sicher sein, daß die Reichsregierung diesen Eingriff in das Vereinsrecht nur unter dem Druck der Alliierten vorgenommen hat. Sie hat daher auch die Ansicht der beteiligten Landesregierungen und die Unterlagen den Alliierten mitgeteilt, damit diese eine Nachprüfung vornehmen können.

Ich komme nunmehr zu den

Aufgaben, die sich aus dem wirtschaftlichen Teil des Ultimatums für Deutschland ergeben.

Das Programm ist weit ausladend; es gliedert sich in drei Teile: Die Aufgabe, die unmittelbar vor uns steht, ist das finanzielle Programm; im engsten Zusammenhang damit steht das wirtschaftliche Programm und die sozial-ethischen Aufgaben. Der Teil umfaßt die Ablieferung von 26 Prozent der Ausfuhr und die fixe Summe von 2 Milliarden jährlichen Annuitäten. Dazu kommen noch die Besatzungskosten. Wenn wir im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr haben wie 1920, würden wir insgesamt über 40 Milliarden Goldmark zu leisten haben. Diese Summe ist außerordentlich groß. Von vielen Seiten wird gesagt, wir können sie nicht leisten. Jetzt aber haben wir nicht mehr darum zu streiten, ob die Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Dieser theoretische Streit führt zu nichts. Wir müssen durch Taten zu beweisen suchen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. (Sehr richtig!) Denn die Sache der Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. (Beifall links und großer Lärm — Zurufe links: Amnestie!) Unsere nächste Aufgabe wird es sein, für die Erfüllung der Verpflichtungen einen sorgfältigen und genauen Zahlungsplan aufzustellen. Der deutschen Regierung läßt der Friedensvertrag ausdrücklich die Möglichkeit offen, mit bestimmten Vorschlägen an das Garantiekomitee heranzutreten und einen Plan festzustellen. Dieser Plan wird einerseits den Gesamtbetrag der Sachleistungen festzusetzen haben. Soweit diese Verpflichtungen nicht durch Sachleistungen erfüllt werden, ist nachzuweisen, wie wir im Innern die Mittel aufbringen wollen, um den zu zahlenden Restbetrag durch Devisen zu decken. Es werden bestimmte Steuern zu kennzeichnen sein. Der gesamte Betrag dieser als Sicherheit gestellten Steuern muß hinreichend sein, um den fehlenden Restbetrag zu decken. Wir haben uns bereits an die Arbeit gemacht und **werden binnen kurzem über diesen Zahlungsplan uns mit der Garantiekommission in Verbindung setzen.**

Die 26prozentige Ausfuhrabgabe kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie nicht in Frage kommen.

(Zustimmung.) Der Ausfuhrindex ist brutal, roh. Es soll nach einem besseren Index gesucht werden. Ob er gefunden wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Arbeiten nach dieser Richtung sind im Gange. Jedenfalls müssen wir damit erzielen, irgendeine Summe an Einnahmen zu schaffen, die gleich hoch ist wie die der Ausfuhrabgabe. **Eine volle Rückvergütung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe wird nicht erfolgen können.** Die Stunde für den Reichswirtschaftsrat zur tätigen Mitarbeit an dem deutschen Geschick ist gekommen. Wäre die Angleichung an den Weltmarktspreis nicht soweit vorgeschritten, so wäre die Ausfuhrabgabe vielleicht zugewonnen. Heute noch besteht eine starke Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inland und Ausland. Diese Spannung muß möglichst ausgenutzt werden. Es wird Sache des Reichswirtschaftsrats sein, zusammen mit der Reichsregierung Vorarbeiten nach dieser Richtung fertigzustellen. Dann aber gilt es, Deckung für die zwei Milliarden Gold an fixen Annuitäten festzustellen. Aber auch an Sachlieferungen muß Deutschland die erforderliche Summe aufbringen, denn es geht nicht an, daß wir auf die Dauer zu Anleihen greifen. Die Erfahrungen des Krieges nach dieser Richtung hin schrecken. Wir müssen sehen, die Lasten tatsächlich als jährliche Einnahmen aufzubringen.

Bei

neuen Steuerquellen

richtet sich das Augenmerk des deutschen Sozialpolitikers unwillkürlich auf die Kohle. Unser Kohlenimlandspreis ist heute noch niedriger als der Weltmarktpreis. Das wäre nicht der Fall, wenn wir die Preisbildung in der Kohlenindustrie sich hätten frei entwickeln lassen. Hierin liegt zu gleicher Zeit auch ein Reservefonds. Man wird die bestehende Preisdifferenz zwischen Inlands- und Weltmarktspreis ausnutzen müssen. Es fragt sich nur, auf welche Weise dies am besten geschehen soll. Es muß allerdings ein Weg gefunden werden, der es gestattet, eine Differenzierung zwischen Hausbrandkohle und Industriekohle zu schaffen. Es gilt, die übrigen Steuern so auszubauen, daß sie hinreichend sind, einerseits die fehlenden Beträge der Reparation, andererseits die Ausfälle zu decken, welche durch die Reparation im Reichsbudget entstehen. Das Bestreben der Reichsfinanzverwaltung muß von folgenden Gesichtspunkten geleitet sein. Wo noch Besitzsteuern durchzuführen sind, ohne Schädigung des eigentlichen Wirtschaftsprozesses, muß das geschehen. Es kommt in Frage, erstens ein Ausbau der Körperschaftssteuer, der einer Besteuerung der hohen Dividenden gleichkommt, zweitens ein starker Ausbau der Börsensteuer, um vor allem die Spekulationen an der Börse auf diese Weise zu erfassen, drittens — und darauf lege ich besonderen Wert — handelt es sich nicht allein darum, neue Steuern zu schaffen, sondern **die bereits verabschiedeten Steuern durchzuführen.** (Zustimmung.) Es werden innerhalb der Finanzverwaltung Einrichtungen zu schaffen sein, die eine vollkommene Ausschöpfung der bisher erschlossenen Besitzquellen ermöglichen. Auf diese Weise **können wohl noch mehrere Milliarden gefördert werden.** Es hat ein großes Maß von Geduld dazu gehört, im Laufe eines Jahres das Aufkommen der Besitz- und Einkommensteuer zu überwachen. Wir sind vorwärts gekommen. Gerade in den letzten zwei Monaten sind erfreuliche Erfolge erzielt worden. (Zustimmung.)

Ich darf aber auch hinzufügen, daß der aus gewissen Gründen verständliche langsame Fortgang der Veranlagung der Besitz- und Einkommensteuer in den Kreisen, in denen die Steuer vom Lohn- und Gehaltsfach erhoben worden ist, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) **Das kann zu politischen Unruhen führen.** Wir müssen alles tun, um in rascher Folge und energisch die Besitz- und Einkommensteuer auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die über die Produktionsmittel verfügen. Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch bei der Nachtragssteuer. Die Möglichkeiten werden geprüft. (Ein Ausbau der Erbschaftssteuer ist nicht in Betracht zu ziehen. Um einen Ausbau der indirekten Steuern werden wir nicht herumkommen. Entwürfe sind bereits ausgearbeitet, für eine Erhöhung der Einnahme aus dem **Branntweinmonopol,** aus der **Biersteuer,** für eine Besteuerung der Erzeugnisse bei der **Tabaksteuer,** für eine höhere Besteuerung des **Zuckers,** einschließlich der **Süßstoffe,** wobei die Frage eines **Raffineriemonopols** entschieden werden muß. Bei der indirekten Besteuerung wird das Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß ein guter Steuerertrag unter möglichst geringer Steigerung der Verbraucherpreise garantiert wird. (Wachen.) Die Steuer auf den Luxus wird stärker anzugziehen sein.

Die Steuern, deren Ertrag durch Geldentwertung herabgesetzt ist, müssen verhältnismäßig erhöht werden, um auf den Friedensstand zu kommen. Die Steuern auf Grund von Boden und Gewerbe müssen in moderne Form gebracht werden. Ich habe auch bereits Verbindungen mit den Finanzministern der Länder gesucht, um die Frage zu erörtern, wie es möglich ist, binnen kurzer Zeit dies Ziel zu erreichen. Die Ausschöpfung dieser Steuern ist notwendig für die Finanzen Deutschlands. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Arbeit der Notenpresse den Geldwert verschlechtert und somit einseitig die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die keine Produktionsmittel in Händen haben, schädigt. **Die Regierung hat das erste Bestreben, sich sobald wie möglich von diesem ungesunden Mittel der Notenpresse zu befreien.** Dazu müssen weitere Einnahmequellen geschaffen werden. Die von der Geldentwertung nicht betroffenen Besitz- und Sachwerte oder andere Werte, die von der Wertveränderung des Geldes nicht betroffen werden sind, vielmehr ihren Geldwert mehr oder weniger beibehalten haben, alle solchen Werte, bei denen Gewinne, sei es aus Konjunkturen, sei es aus der Angleichung an die Weltmarktpreise entstehen, werden schärfer zu erfassen sein. Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern dürfen sich nicht noch Reparationsgewinnler gesellen. (Beifall.) Dann hoffen wir, die Stimmen des Reiches dem Bedürfnis entsprechend ausgestalten zu können.

Wenn der Reichstag dieses Gesetzeswerk möglichst rasch erledigt, so wird der zweite Teil der Sanierung unserer Finanzen erfolgen. Dabei muß natürlich die Zuschußwirtschaft möglichst rasch und energisch abgebaut werden. Nur produktive Ausgaben dürfen auf Anleihe genommen werden. Einer späteren Zeit erst wird es vorbehalten bleiben, das große Problem der Währungsfrage in Angriff zu nehmen. Heute ist die Zeit dazu bei dem Zustande unserer Finanzen noch nicht gekommen.

Zu einem engsten Zusammenhange mit dem Finanzprogramm steht das

Wirtschaftsprogramm.

Es ist selbstverständlich, daß die Summen, die wir an das Ausland zahlen müssen, auf die Dauer nur aus dem Ueberschuß unserer Wirtschaft kommen können. Unsere Volkswirtschaft muß eingestellt werden auf höhere Produktion und nationalwirtschaftliche Ersparnis. Die Richtung, die unsere Wirtschaftspolitik nehmen muß, ist durch die Kontributionsverpflichtungen und ihre technische Ausgestaltung zum großen Teile bedingt. Wenn wir die Reparationsleistungen aufzubringen wollen, müssen wir im Inlande höhere Werte erzeugen und unsere Einfuhr einschränken. Wir müssen alle aktiven Posten der deutschen Zahlungsbilanz möglichst steigern und die passiven Posten tunlichst niedrig halten. Das ist die zwingende Logik der ganzen Lage. Daraus folgt weiter mit ernster Konsequenz der möglichste Ausbau der heimatlichen Lage unserer Volkswirtschaft. Was wir im Inlande erzeugen können, müssen wir aus dem deutschen Boden möglichst herausholen. Die Einfuhr von Luxuswaren muß möglichst durch zollpolitische und Steuermaßnahmen beschränkt werden. **Man muß aber auch der deutschen Regierung wieder die Verfügungsgewalt**

Demission der österreichischen Regierung.

Neuer Ententeprotest wegen der Anschlußabstimmungen.

DA Wien, 1. Juni.

Heute nachmittag fand ein Kabinettrat statt, in dem Bundeskanzler Dr. Mayr die Demission der Regierung ankündigte. Die Demission wurde vom Kabinettrat zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler Dr. Mayr wird vom Bundespräsidenten Hainisch mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden. Mittags sprachen im Wiener Außenamt die Vertreter der großen Entente wegen neuerdings einen Protest wegen der Anschlußabstimmungen der österreichischen Regierung zu übermitteln.

Es ist nach Mitteilungen aus Ententekreisen die Gefahr vorhanden, daß die Entente Ungarn nicht auffordern wird, nach der Ratifizierung des Friedens von Trianon Westungarn zu räumen. Weiter verlautet, daß, falls die Abstimmung in der Steiermark durchgeführt wird, die Jugoslawen in Steiermark einmarschieren. Ueber die Pläne der Tschechoslowakei liegen lediglich Vermutungen vor.

Ungarn und Deutschland.

Budapest, 1. Juni.

In der Nationalversammlung sagte der ehemalige Minister Jakob Pleyer, daß die Lage des europäischen Festlandes entweder durch Frankreich oder durch Deutschland bestimmt werde. Obwohl augenblicklich Frankreich obenan sei, habe Ungarn trotzdem keinen anderen Freund als Deutschland. Man könne gegenwärtig keine ausgesprochen deutsche Richtung einschlagen, müsse jedoch bedenken, daß **die Landkarte Mitteleuropas werde geändert werden, wenn das deutsche Volk die Fesseln sprengen werde, welche Haß und Verblendung ihnen auferlegten und diese Zeit sei vielleicht nicht weit entfernt.**

Der deutsche Zahlungsplan in Paris.

Paris, 1. Juni.

Die Bestimmungen des Artikels 5 der Zahlungsaufstellung, welche Deutschland am 5. Mai zugestellt wurde und worin innerhalb 25 Tage die Zahlung von einer Milliarde Goldmark teils in Gold, teils in fremden Devisen, teils in deutschen Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit vorgeschrieben ist, sind ordnungsgemäß ausgeführt worden. Die Reparationskommission nahm Kenntnis von der pünktlichen Erfüllung dieser Verpflichtungen durch die deutsche Regierung und teilte derselben ihre Befriedigung darüber mit, daß sie jetzt schon Vorkehrungen für die Einlösung der ausgegebenen Schatzwechsel getroffen hat.